PRESSEMITTEILUNG

Körber Stiftung

Demokratie in der Vertrauenskrise

Repräsentative Umfrage der Körber-Stiftung zeigt geringes Vertrauen in Demokratie und wirtschaftliche Unsicherheiten

Hamburg, 13. August 2024. Die Sicht der Deutschen auf ihre Demokratie und persönliche Zukunft hat sich in den vergangenen vier Jahren deutlich verschlechtert. Mehr als die Hälfte der Befragten (54 Prozent) blickt mit Sorge in die Zukunft, 2020 waren dies nur 42 Prozent. 74 Prozent der Deutschen bewerten die aktuelle wirtschaftliche Lage als weniger gut oder schlecht (2020: 57 Prozent). Und eine klare Mehrheit von 57 Prozent der Bundesbürgerinnen und -bürger glaubt, dass Deutschland nicht in der Lage sei, die nötigen Transformationsaufgaben zu bewältigen. Diese Unsicherheiten treffen zugleich auf ein geringes Demokratievertrauen: 51 Prozent der Befragten haben ein weniger großes oder geringes Vertrauen in die Demokratie.
Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage von policy matters, die im Auftrag der Körber-Stiftung im Zeitraum vom 19. Juni 2024 bis 6. Juli 2024 unter 1068 Personen durchgeführt wurde.

„Die Ergebnisse der Umfrage zeigen deutlich, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen und ihre eigene wirtschaftliche Zukunft weiterhin stark erschüttert ist. Verunsicherung und Misstrauen stellen erhebliche Risiken für den sozialen Zusammenhalt dar. Es braucht entschlossenes Handeln, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen und ihre Zuversicht zu stärken“, kommentiert Sven Tetzlaff, Leiter des Bereichs Demokratie und Zusammenhalt der Körber-Stiftung.

Wenig Vertrauen in demokratische Institutionen

Die Vertrauenswerte für demokratische Institutionen stagnieren auf niedrigem Niveau: Sehr großes oder großes Vertrauen haben lediglich 9 Prozent der Befragten in die Parteien, 18 Prozent in die Bundesregierung und 22 Prozent in den Bundestag. Am besten bewertet werden die Gerichte im Allgemeinen sowie das Bundesverfassungsgericht (jeweils 53 Prozent sehr großes oder großes Vertrauen).
Auch die Medien leiden in Deutschland unter anhaltendem

Informationen zum Thema:

Inke Maria Horstmann
Pressereferentin
Telefon + 49 · 40 · 80 81 92 207
E-Mail horstmann@koerber-stiftung.de
koerber-stiftung.de

Die Körber-Stiftung stellt sich mit ihren operativen Projekten, in ihren Netzwerken und mit Kooperationspartnern aktuellen Herausforderungen in den Handlungsfeldern „Wissen für morgen“, „Internationale Verständigung“ und „Lebendige Bürgergesellschaft“.
1959 von dem Unternehmer Kurt A. Körber ins Leben gerufen, ist die Stiftung heute von ihren Standorten Hamburg und Berlin aus national und international aktiv.

Vorstand der Körber-Stiftung
Dr. Lothar Dittmer (Vors.)
Dr. Thomas Paulsen

Stiftungsrat der Körber-Stiftung
Dr. Klaus Wehmeier (Vors.), Dr. Peter Frey (Stellv. Vors.),
Richard Bauer, Prof. Dr. Ute Frevert, Peter-Matthias Gaede,
Katrin Sachs, Christian Wriedt

Vertrauensverlust: 75 Prozent der Befragten geben an, ein weniger großes oder geringes Vertrauen in die Medien zu haben. Gleichzeitig sagen 73 Prozent der Befragten, dass führende Leute in Politik und Medien in ihrer eigenen Welt leben, aus der sie auf den Rest der Bevölkerung hinabsehen.

Mehr Macht für Politiker und Politikerinnen – und mehr Beteiligung durch Bürgerinnen und Bürger

„Brauchen wir angesichts der vielen Probleme im Land Politiker und Politikerinnen, die mehr Macht und Durchsetzungswillen haben, um schnell und durchgreifend Entscheidungen fällen zu können?“ Diese Frage beantworten 60 Prozent der Deutschen mit Ja, 25 Prozent lehnen dies ab.

Laut Umfrage halten die Deutschen aber nicht nur schnelle und durchgreifende Entscheidungen für notwendig, auch eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wird befürwortet: Auf Kommunalebene halten 93 Prozent der Deutschen eine stärkere Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger für sehr wichtig oder wichtig, auf Landesebene 91 Prozent und auf Bundesebene 87 Prozent.

Populismus als Gefahr für die Demokratie

69 Prozent der Befragten sehen Populismus als Gefahr für die Demokratie. Gemäß der Parteipräferenz stellt die Wählerschaft der AfD eine Besonderheit dar: Populismus wird mehrheitlich (62 Prozent) nicht als Gefahr für die Demokratie gesehen. Um der wahrgenommenen Bedrohung durch den Populismus zu begegnen, befürwortet jeweils eine Mehrheit von 63 Prozent der Befragten das Verbot extremistischer politischer Parteien und den Wahlausschluss von Kandidatinnen und Kandidaten mit extremen politischen Positionen.

Angebote für Medienschaffende:

- Alle Umfrageergebnisse und Grafiken zum Download
- Interview mit Sven Tetzlaff, Leiter des Bereichs Demokratie und Zusammenhalt der Körber-Stiftung (bitte über den Pressekontakt anfragen)